

Das Regierungssystem der USA

Staatsform

Die USA ist eine Bundesstaatliche Republik die von einer präsidentialen Demokratie regiert wird. Diese Regierung gründet auf einer Verfassung, die 1787 geschrieben wurde und später mehrmals mit Zusatzartikeln ergänzt wurde, so dass sie heute 27 Verfassungszusätze enthält. Die Verfassung beinhaltet Punkte zur Regelung der Gewaltenteilung und Punkte zu den Grundrechten. Die Änderung bzw. Ergänzung der Verfassung ist mit einer 2/3 Mehrheit der beiden Häuser des US-Kongresses oder der 2/3 Mehrheit der Parlamente der Bundesstaaten möglich.

Die Exekutive

Der Präsident:

Die Exekutive ist im Amt des Präsidenten vereint. Dieser ist sowohl Regierungschef, Staatsoberhaupt und Oberbefehlshaber. Zusätzlich ist er Vorsitzender aller Bundesbehörden und Ministerien. Einmal jährlich muss der Präsident dem Kongress einen Haushalts- und Wirtschaftsbericht vorlegen, ist dem Kongress aber ansonsten keinerlei Rechenschaft schuldig und kann nur durch eine Verfassungsklage oder durch eine Anklage wegen Rechtsverstoßes abgesetzt werden (Impeachment-Verfahren). Dafür kann er Gesetzesvorlagen nur für eine kurze Zeit durch die Verweigerung seiner Unterschrift zurückhalten.

Dem Präsidenten stehen für diese vielseitigen Aufgaben sein Kabinett und das Präsidentenamt zur Seite. Das Kabinett besteht aus dem Vize-Präsidenten und den Leitern der Ministerien.

Das Präsidentenamt umfasst die persönlichen Angestellten und Berater des Präsidenten.

Der Vize-Präsident:

Der Vize-Präsident ist der direkte Nachfolger des Präsidenten, falls dieser durch Krankheit, Rücktritt oder Absetzung nicht mehr regieren kann. Zugleich ist er Vorsitzender des Senats und kann dort im Falle einer Stimmengleichheit die bestimmen, wie sich der Senat entscheidet.

Der Präsident und der Vize-Präsident werden beide durch Wahlmänner für eine Dauer von 4 Jahren gewählt. Die Wahlmänner werden durch Vorwahlen in den Bundesstaaten gewählt. Jeder Staat bekommt so viele Wahlmänner wie er Sitze im Kongress hat. Die Partei, die im Bundesstaat gewonnen hat, bekommt nicht zwingend, aber in der Regel alle Stimmen der Wahlmänner dieses Staates.

Der Präsident und der Vize-Präsident können nur einmal wieder gewählt werden. Danach müssen sie abtreten.

Die Berater:

Das Kabinett des Präsidenten setzt sich aus den Leitern der verschiedenen Ministerien (secretaries) und einigen hohen Angestellten der Bundesbehörden zusammen. Die Secretaries haben jedoch keinerlei Entscheidungsbefugnisse und dienen ausschließlich der Beratung des Präsidenten. Die 14 Ministerien sind die Ämter für:

- Auswärtige Angelegenheiten
- Finanzen
- Verteidigung
- Justiz
- Inneres
- Landwirtschaft
- Arbeit

- Gesundheit und Soziales
- Bildung
- Wohnungswesen und Stadtentwicklung
- Transport
- Energie
- Veteranen

Die Mitglieder des Präsidentenamtes sind direkt dem Präsidenten unterstellt. Sie unterstützen den Präsidenten bei der Pressearbeit, Planen seinen Terminplan und seine Reisen und koordinieren die Umsetzung seiner Politik.

Behörden die zum Präsidentenamts gehören sind:

- Haushalts- und Managementrat
- Nationaler Sicherheitsrat
- Wirtschaftsrat

Die Legislative

Die Legislative bildet der Kongress mit einigen anderen Behörden. Der Kongress besteht aus den beiden Häusern Senat und Repräsentantenhaus. Jede Gesetzesvorlage muss vom Kongress verabschiedet werden. Legt der Präsident sein Veto ein, muss die Vorlage durch eine 2/3 Mehrheit bestätigt werden, damit sie Rechtskraft erhält.

Die Partei des Präsidenten hat nicht grundsätzlich die Mehrheit im Kongress.

Der Senat besteht aus 100 (2 aus jedem Staat) auf 6 Jahre gewählten Mitgliedern, wobei jedes 2. Jahr 1/3 der Senatoren neu gewählt werden. Der Senat hat Vorrechte in Bezug auf die Exekutive.

Das Repräsentantenhaus besteht aus 435 Abgeordneten, die auf 2 Jahre gewählt sind.

Das Repräsentantenhaus besitzt das Budgetinitiativrecht, das ihm erlaubt, durch die Beschränkung von Geldern indirekt Einfluss auf die Exekutive zu nehmen.

Die meiste Arbeit (Erstellung von Gesetzesvorlagen und Beilegung von Streitigkeiten im Kongress) geschieht jedoch in den Ausschüssen und Unterausschüssen des Kongresses.

Die Befugnisse

Die Gesetzgebungsbefugnisse des Kongresses werden durch die Rechte der einzelnen Bundesstaaten eingegrenzt. Der Kongress hat unter anderem folgende Rechte:

- Steuern festzusetzen und einzutreiben
- Geld zu leihen im Namen der Vereinigten Staaten
- Dem Handeln mit ausländischen Staaten und zwischen einzelnen Bundesstaaten zu regeln
- Geld zu prägen
- Postämter zu errichten
- Krieg zu erklären
- Armeen aufzustellen und zu erhalten
- Alle Gesetze zu erlassen, die erforderlich sind zur Ausübung seiner Befugnisse und aller anderen Befugnisse, die der Regierung der Vereinigten Staaten durch die Verfassung übertragen worden sind

Außerdem ist der Kongress der Verwalter des Distrikts Columbia. Weiterhin ist er ermächtigt ein Gesetzgebungsapparat aufzubauen mit dem er seine Befugnisse umsetzen kann.

Es gibt einige Befugnisse die nur einem Haus gestattet sind. So darf nur der Senat die Präsidentenernennung durch eine einfache Mehrheit und den Abschluss von Staatsverträgen durch eine 2/3 Mehrheit bestätigen. Außerdem hat er das alleinige Recht, hohe Staatsbeamte anzuklagen. Diese müssen aber vom Repräsentantenhaus vorgeschlagen worden sein. Außerdem darf nur der Senat Vorschläge zu Steuergesetzen einreichen.

Einschränkungen

Wichtige Grenzen des Kongresses sind in der Bill of Rights angegeben, wonach der Kongress nicht die Grundrechte der Amerikaner beschneiden darf.

Allgemein unterliegen die Entscheidungen des Kongresses 2 wesentlichen Einschränkungen. Zum einen die Nichtigkeitserklärung des Bundesgerichtshofes, der den Beschluss als nicht Verfassungsgemäß oder Rechtswidrig erklärt, zum anderen das Präsidentenveto.

Der Präsident muss alle vom Kongress verabschiedeten Gesetze innerhalb von 10 Tagen genehmigen oder Einspruch erheben. Tut er dies nicht, tritt das Gesetz automatisch in Kraft, falls der Kongress gerade in der Sitzungsperiode ist. Legt der Präsident Einspruch ein, dann kann der Kongress das Gesetz mit einer 2/3 Mehrheit für gültig erklären.

Die Kongresssitzungen

Eine Amtszeit geht von einem ungeraden Jahr bis zum nächsten ungeraden Jahr.

Gemäß des Gesetzes zur Neuordnung der Gesetzgebung, muss der Kongress seine jährliche Sitzungsperiode spätestens zum 31. Juli abgeschlossen haben. In nationalen Notlagen darf der Kongress seine Sitzungsperiode selbst verlängern. Außerdem darf der Präsident ebenfalls in Notlagen auch außerhalb der Sitzungsperiode Sitzungen einberufen.

Im Normalfall tagen die beiden Häuser getrennt im Capitol. Zu wichtigen Ansprachen des Präsidenten oder von ausländischen Staatsgästen versammeln sie sich jedoch auch zusammen.

Während der Sitzungsperiode darf sich keines der beiden Häuser länger als 3 Tage vertagen, oder für länger als 3 Tage den Sitzungsort wechseln. Ebenso müssen sie beide das Ende der Sitzungsperiode festlegen. Geschieht dies nicht, kann der Präsident ein Sitzungsende zu einem bestimmten Datum festlegen.

Die Ausschüsse

Beide Häuser haben verschiedene Ausschüsse, die dazu dienen Gesetzesentwürfe zu entwerfen. Außerdem ist jedes Haus ermächtigt so viele zeitlich begrenzte Ausschüsse einzurufen, wie nötig. Es gibt zusätzlich mehrere Ausschüsse die Mitglieder von beiden Häusern haben. Dort versucht man Streitigkeiten zwischen beiden Häusern zu lösen.

Der Senat

Laut Verfassung laufen alle 2 Jahre die Amtszeiten von 1/3 der Senatoren aus. Dadurch werden die Senatoren fließend gewechselt und nicht abrupt alle auf einmal. Seit 1913 werden die Senatoren direkt vom Volk und nicht wie ursprünglich von den Legislativen der Bundesstaaten gewählt. Jeder Senator muss mindestens 30 Jahre alt und mindestens seit 9 Jahren US-Bürger und Einwohner des Staates sein, in dem er zur Wahl antritt.

Den Vorsitz des Senats führt der Vize-Präsident. Ist dieser nicht da, wird ein temporärer Vorsitzender gewählt. Dieser hat im Gegensatz zum Vize-Präsidenten eine Stimme. Der Vize-Präsident hat nur eine Stimme, wenn eine Entscheidung mit Stimmengleichheit endet.

Das Repräsentantenhaus

Alle 2 Jahre werden die Mitglieder des Repräsentantenhauses komplett vom Volk neu gewählt. Gemäß der Verfassung entsendet jeder Staat mindestens einen Abgeordneten. Die übrigen Sitze werden anhand der Bevölkerung auf die Staaten verteilt. Der Kongress hat dabei das Recht, das Verhältnis der Abgeordneten pro Einwohner festzulegen. Einzige Bedingung ist jedoch, dass ein Abgeordneter mindestens 30000 Einwohner vertreten muss und dass die Verteilung auf einer alle 10 Jahre wiederholten Volkszählung basiert. Seit 1971 wird der District of Columbia von einem nicht stimmberechtigten Delegierten vertreten.

Der Sprecher des Hauses wird von einem Ausschuss der Mehrheitspartei vorgeschlagen und anschließend von dem kompletten Haus gewählt. Der Sprecher ist der nächsthöchste Nachfolger des Präsidenten nach dem Vize-Präsidenten. Außerdem hat der Sprecher die Möglichkeit mit an Abstimmungen teilzunehmen, tut dies jedoch meistens nur bei Stimmengleichheit.

Ein Abgeordneter des Hauses muss mindestens 28 Jahre alt, seit mindestens 7 Jahren US-Bürger und Einwohner des Staates sein, in dem er zur Wahl antritt. Er muss aber nicht in dem Bezirk wohnen, wo er gewählt werden will.

Die Judikative

Die Judikative besteht aus dem Obersten Gerichtshof, 13 Berufungsgerichten auf der Bundesebene, sowie 95 Distriktgerichten auf Bundesebene und Gerichte mit besonderen Aufgabenbereichen wie Finanzgericht oder Klagegericht. Alle diese Gerichte und deren Mitglieder wurden vom Kongress eingerichtet bzw. eingesetzt.

Die US-Bundesgerichte haben die Aufgabe zu überprüfen ob Verordnungen und Gesetze auf Bundes- und Staatlichebene nicht gegen die Verfassung oder geltendes Recht verstoßen. Verstoßen die Gesetze dagegen, kann das Gericht das Gesetz für Ungültig erklären.

Kommunaleverwaltung

Die Regierungen der einzelnen Staaten nehmen die Aufgaben wahr, die nicht in die Zuständigkeit des Bundes fallen. Bundesstaaten dürfen keine außenpolitischen Verträge abschließen, oder Steuern auf den Handel erheben. Außerdem dürfen sie keine Münzen prägen und sind verpflichtet den Verkehr über ihre Grenzen nicht zu behindern. Zusätzlich müssen sämtliche Verträge zwischen einzelnen Staaten vom Kongress verabschiedet werden.

Zu den Aufgaben der Staaten zählen:

- Überwachung der Einhaltung aller Wahlrechtsbestimmungen
- Durchführen von staatlichen und Bundeswahlen
- Überwachung der Landesregierungen
- Förderung und Regelung der Wirtschaft, Industrie und Landwirtschaft
- Unterhaltung von Straßen, Gefängnissen und Krankenhäusern
- Unterhaltung der Hochschulen
- Gemeinsam mit den Kommunalverwaltungen: Sicherung der Sozialhilfe, der medizinischen Versorgung und weitere soziale und beschäftigungspolitische Leistungen

Beinahe alle Staaten sind in Countys aufgeteilt. Insgesamt sind es mehr als 3000 Countys. Einige der Staaten fallen jedoch heraus. In Alaska gibt es keine ähnlichen Einrichtungen, in Connecticut

haben sie keinerlei Selbstverwaltungsfunktionen. Louisiana besteht aus mehreren Kreisen, die mit den Countys vergleichbar sind.

In den dichtbesiedelten Gegenden sind die Staaten in Städte und Stadtbezirke aufgeteilt. Diese übernehmen wie die Countys grundlegende Leistungen wie Polizei, Feuerwehr, Bildungseinrichtungen im Grund- und Hauptschulbereich sowie auf dem Gebiet der High-Schools.

Das Parteiensystem

Die USA ist ein 2 Parteiensystem. Die eine ist die Demokratische Partei und die andere die Republikanische Partei. Es gibt einige wenige kleinere Parteien, die aber nur kommunalpolitisch Bedeutung haben.

Beide Parteien sind keine Mitglieder- und Programmparteien, finanzieren sich hauptsächlich durch Spenden und haben keine festen Organisationsstrukturen. Des weiteren ist die Trennung durch ideologische Vorgaben der Parteien nicht sehr stark, da sich in beiden Parteien Politiker aller Richtungen finden lassen. Trotzdem bewegen sie sich in unterschiedliche Richtungen.

Die Demokraten sind eher für bessere Sozialleistungen des Staates und fordern mehr Wirtschaftseingriffe durch den Staat.

Wohingegen die Republikaner einen Abbau der Sozialleistungen befürworten, damit der Haushalt entlastet wird.

Dadurch, dass die Parteien keine ausgeprägten Programme haben, haben Interessensgruppen deutlich mehr Einfluss als in einem System mit Programmparteien.